

LINKE LEER STELLEN

INTERVIEWS ZU FOLGENDEN THEMEN:



Naomi Henkel-Gümbel
Der Halle-Prozess:
Fazit einer
Betroffenen



Aktivistisch-jüdisches
Medienprojekt
Antisemitismus und
Gesellschaftskritik aus
jüdischer Perspektive



Coicia Basia
Das Abtreibungsrecht
und die feministischen
Proteste in Polen



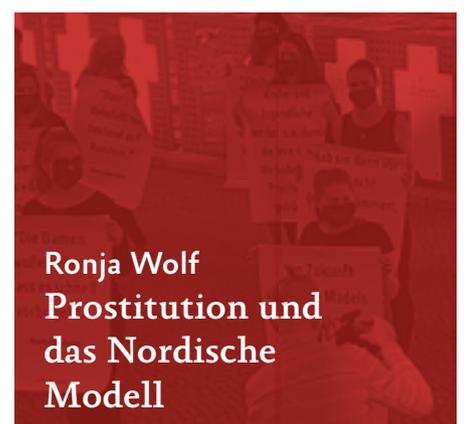
Ulrike Becker
Das Iranische Regime
und die internationale
Sanktionspolitik



Kazem Moussavi
Der Einfluss
des Irans
in Deutschland



Hashomer Hatzair
Neue jüdische
Organisierung in
Deutschland



Ronja Wolf
Prostitution und
das Nordische
Modell

Inhalt

- 03 Einleitung
- 04 **Ulrike Becker**
»Das Regime hat keinerlei Legitimität mehr in der iranischen Bevölkerung.« –
Das Iranische Regime und die internationale Sanktionspolitik
- 10 **Kazem Moussavi**
»Die Bundesregierung hat sich jahrelang von den schlimmsten Iranlobbyisten in die Irre führen lassen.« –
Der Einfluss des Irans in Deutschland
- 14 **Cioccia Basia**
»Die Regierung hatte nicht mit Straßenprotesten in diesem Ausmaß gerechnet.« –
Das Abtreibungsrecht und die feministischen Proteste in Polen
- 18 **Ronja Wolf**
»Ausstiegshilfen müssen niedrigschwellig sein, gerade auch hinsichtlich Sprachbarrieren oder vorliegender Obdachlosigkeit und damit verbundenen Ängsten.« –
Prostitution und das Nordische Modell
- 20 **Naomi Henkel-Gümbel**
»Die Gesellschaft trägt die Täter und ihr Denken bis zu einem gewissen Punkt mit.« –
Der Halle-Prozess: Fazit einer Betroffenen
- 26 **Aktivistisch-jüdisches Medienprojekt**
»Es ist schockierend, wie limitiert das Verständnis von strukturellem Antisemitismus in diesem Land ist.« –
Antisemitismus und Gesellschaftskritik aus jüdischer Perspektive
- 30 **Hashomer Hatzair**
»Wir müssen mutig sein, über die Probleme in unseren Kreisen sprechen und jeden Ausdruck von Rassismus, Diskriminierung und Unterdrückung verurteilen.« –
Neue jüdische Organisation in Deutschland

Impressum

Emanzipative & Antifaschistische Gruppe
(EAG Berlin)
c/o Buchladen zur schwankenden Weltkugel
Kastanienallee 85
10435 Berlin

Internet: www.eag-berlin.tem.li
Mail: eag-berlin@riseup.net
Facebook: EAG Berlin

Stand: März 2021

Auflage: 1.000 Stück

Die einzelnen Beiträge spiegeln die
Meinung der Autor*innen wider.

Genderung: Die EAG gendert mit *. Wenn
Interview-Partner*innen das anders handhaben,
respektieren wir ihre Entscheidung.

Intro

Immer wieder stoßen wir in unserer politischen Arbeit auf Themen, denen wir mehr Beachtung in der linken Szene wünschen. Nicht selten fehlt es an linker Öffentlichkeit, an Diskussionen, von Aktionen ganz zu schweigen. Meist wird den Aktiven oder den Betroffenen nicht das Podium geboten, dass sie unserer Meinung nach verdienen würden.

Damit die Personen in ihren eigenen Worten zu Wort kommen, haben wir uns für das Format einer Interview-Broschüre entschieden. Diese Broschüre vereint sieben Interviews mit bemerkenswerten Menschen. Jeder von ihnen hat eine Geschichte zu erzählen bzw. ist Expert*in auf seinem Gebiet und so freut es uns, dass wir sie für diese Publikation gewinnen konnten.

Im ersten Teil geht es um das Islamistische Regime im Iran, seine menschenverachtende und eliminatorisch antisemitische Politik. **Ulrike Becker** gibt uns einen Einblick in die Verflechtungen des Regimes im Nahen Osten und die mangelhafte Sanktionspolitik Deutschlands. Ihrer Meinung nach sollte eine emanzipatorische Bewegung in Deutschland vor allem die politischen Akteure des iranischen Regimes und die Wirtschaftsverflechtungen zwischen den beiden Ländern ins Visier nehmen. **Kazem Moussavi** knüpft daran an, wenn er auf die teils offen terroristischen Aktivitäten des Regimes in Europa hinweist. Er thematisiert den Druck, den es mit Geiselnahmen europäischer und US-amerikanischer Staatsbürger*innen aufbaut, um seine Interessen durchzusetzen.

Ein zentrales Thema der feministischen Bewegungen sind die Reproduktionsrechte der Frau, mit denen wir uns im zweiten Teil der Broschüre beschäftigen. Auch in Deutschland müssen diese Rechte immer aufs Neue erkämpft werden, wie nicht zuletzt die Prozesse gegen die Ärztin Kristina Hänel zeigen. Noch drastischere Auswirkungen hat die repressive Politik der polnischen Regierung. Über die überraschend

starke feministische Protestbewegung gegen das verschärfte polnische Abtreibungsgesetz sprachen wir mit der Berliner Unterstützungsinitiative **Ciocia Basia**. Sie hilft Menschen aus Polen dabei, Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland vornehmen zu können. Die Diskussion um Prostitution, ihre Rahmenbedingungen, aber auch deren sexistische Implikationen, begleitet unsere Gruppe schon lange. Daher kommt in diesem Heft **Ronja Wolf** vom Netzwerk Ella zu Wort, die die Einführung des Nordischen Modells auch in Deutschland fordert.

Im dritten Teil gehen wir auf das antisemitische Grundklima in Deutschland ein. Mit **Naomi Henkel-Gümbel** spricht eine Überlebende des Anschlags von Halle im Jahr 2019 vom Umgang der jüdischen Community mit den Erfahrungen des Attentats und betont die Wichtigkeit breit aufgestellter Bündnisse. Die Betreiber*innen eines **aktionistisch-jüdischen Medienprojekts** sprechen mit uns über jüdische Selbstermächtigung im Kontext einer postnazistischen Mehrheitsgesellschaft und das Unvermögen, Antisemitismus auch als solchen zu erkennen, wenn er sich nicht direkt auf dem historischen NS bezieht. Die sozialistische Jugendorganisation **Hashomer Hatzair** ist ein weiteres Beispiel für jüdische Selbstorganisation in Deutschland. Wir sprechen mit dem Berliner Verband über den etwas holprigen Gründungsprozess, ihre Aktivitäten und das nicht immer reibungslose Zusammenspiel mit der deutschen Linken.

Wir glauben, dass uns ein thematisch vielfältiges Heft gelungen ist und hoffen, dass die Texte zu Diskussionen anregen. Wir freuen uns über Feedback auf die Broschüre und die Weiterverbreitung.

Viel Spaß beim Lesen,
die Emanzipative & Antifaschistische Gruppe
(EAG Berlin) im März 2021



»Das Regime hat keinerlei Legitimität mehr in der iranischen Bevölkerung und kann sich nur noch mit äußerster Brutalität an der Macht halten.«

[Ulrike Becker](#) ist Teil des „Mideast Freedom Forum Berlin“, das sich schwerpunktmäßig mit Israel, der Bekämpfung von Antisemitismus und dem Islamischen Regime im Iran beschäftigt. Ihre Dissertation aus dem Jahr 2020 trägt den Titel „‘Unsere Nazis in Ägypten.‘ Westdeutsch-ägyptische Beziehungen zwischen 1951 und 1965 im Spannungsfeld von Neuanfang und nationalsozialistischer Kontinuität“. Sie veröffentlichte bereits Beiträge in mehreren Sammelbänden und in unserer Broschüre „Deutschland und der Iran - eine unheimliche Allianz“. Mit ihr sprachen wir Anfang Februar über die brutale Politik des Iranischen Regimes und internationale Sanktionsbemühungen.



Protestkundgebung gegen den AlQuds-Marsch
in Berlin, 2016

Trotz teils weltweit wahrgenommener Hinrichtungen, wie der des iranischen Ringers Navid Afkari oder des Bloggers Ruhollah Zam, bleibt eine adäquate Reaktion der Weltgemeinschaft und auch der deutschen Regierung aus.

Woran, denkst Du, das liegt?

Es gibt im wesentlichen zwei Gründe. Der eine ist, dass Menschenrechte in der deutschen Außenpolitik leider generell keine große Rolle spielen. Stattdessen gibt es eine Tradition von guten Beziehungen zu autoritären Regimen und Diktaturen, die häufig mit guten Wirtschaftsbeziehungen einhergehen. Deutschland ist seit Jahrzehnten weltweit führend, was Exporte und Exportüberschüsse angeht, und die Bundesregierung verfolgt eine Außenpolitik, die weitgehend auf Sanktionen und politischen Druck gegen autoritäre Regime verzichtet. Die problematischen Folgen dieser Politik werden ausgeblendet oder verharmlost.

„Wandel durch Handel“ ist eine Maxime aus der Zeit des Kalten Krieges. Wirtschaftsbeziehungen sollten zur Aufweichung autoritärer Regime beitragen. Doch diese Maxime ist überholt, denn die internationale Verflechtung hat nicht zu einer Demokratisierung von Mächten wie China, Russland oder Iran geführt. Im Gegenteil, diese Staaten setzen ihre ökonomische Kraft und ihren Einfluss dazu

ein, ihre Herrschaftssysteme zu perfektionieren und außenpolitisch in die Offensive zu gehen. Ein besonders deutliches Beispiel ist dabei der Iran: Nachdem der Atomdeal im Sommer 2015 unterzeichnet war, verschärfte die Mullah-Diktatur ihr expansives und gewalttätiges Vorgehen in den Nachbarländern. Die eigene Bevölkerung hat von den Ressourcen, die durch den Deal freigegeben wurden, dagegen nichts gehabt.

Insofern vernebeln Parolen wie „Handel durch Wandel“ oder die Vorstellung, man könne mit dem Iran in einen „Dialog“ treten, die Wirklichkeit. Sie dienen der Rechtfertigung einer Politik, die die autoritären und diktatorischen Regime auf Kosten der Demokratie und der Menschenrechte stützt. Damit werden deutsche Unternehmen und die Politik zu Komplizen des autoritären Regimes in Teheran.

Ein zweiter Grund, warum die Menschenrechte in Deutschland so wenig Gewicht haben, ist die Angst vor der iranischen Atombombe. In Deutschland hat sich die Einschätzung durchgesetzt, dass eine iranische Atombombe nur verhindert werden kann, wenn man mit dem iranischen Regime kooperiert und das bedeutet in der Konsequenz, dass man ihm wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung stellt. Die deutsche Iranpolitik läuft also darauf hinaus, das Regime zu stützen, um eine Bombe zu verhindern.

Diese Politik entzieht den Menschen, die

»Die kooperative Politik gegenüber dem iranischen Regime hat nicht nur fatale Folgen für die Lage im Iran selbst. Sie wirkt sich auch auf die politische Kultur in Deutschland aus.«

im Iran für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit kämpfen, die Solidarität. Zu Recht wird sie deshalb von Menschenrechtsbewegungen scharf kritisiert. Hierzulande wird das leider viel zu wenig zur Kenntnis genommen. Ein Beispiel dafür ist ein Brief von 38 iranischen Oppositionellen vom 1. Februar dieses Jahres. Sie schrieben aus dem Iran an den neuen Präsidenten Joe Biden. Sie sehen die Islamische Republik Iran am Rande des Kollapses und fordern deshalb, dass die Politik des „maximalen Drucks“ aufrechterhalten werden muss. Nur wenn die Verantwortlichen unter massivem Druck stehen, könne die iranische Bevölkerung einen Übergang zu einer säkularen Demokratie erreichen.¹

Auch das ist jedoch eine Illusion, denn der Atomdeal mit dem Iran lässt die Infrastruktur des Atomprogramms intakt und die Restriktionen laufen nach wenigen Jahren aus. Das bedeutet also, dass eine ganz prekäre und fragile Form von vermeintlicher Sicherheit mit der Stützung des Regimes erkaufte wird. Das geht ganz klar zu Lasten der Bevölkerung im Iran und in der ganzen Region, in Syrien, Jemen und vor allem natürlich in Israel. Es bleibt das erklärte Ziel des iranischen Regimes, Israel zu vernichten.

Die kooperative Politik gegenüber dem iranischen Regime hat jedoch nicht nur fatale Folgen für die Lage im Iran selbst. Sie wirkt sich auch auf die politische Kultur in Deutschland aus. So werden der Antisemitismus des Regimes und die Bedrohung Israels tendenziell verharmlost und kommen in der öffentlichen Debatte um das Thema Iran kaum vor. Dazu kursieren illusionäre Vorstellungen über die Reformierbarkeit des Regimes, wie zum Beispiel, dass das Regime gespalten sei in ‚gemäßigte Reformierbare‘, mit denen das Atom-Abkommen ausgehandelt wurde auf der einen, und ‚Hardlinern‘ um die mächtigen Revolutionswächter auf der anderen Seite. Diese angebliche Spaltung wird als Chance für die deutsche Politik begriffen, die vermeintlich ‚moderaten‘ Kräfte zu stärken. Bei dieser Sicht auf die Islamische Republik

werden zwei Dinge ausgeblendet: Erstens das ideologische Fundament des Regimes, in dessen Zentrum der Export der Revolution bzw. die Ausbreitung der Herrschaft des Islam über die Grenzen des Iran hinaus und der Antisemitismus, mit der Staatsdoktrin, Israel zerstören zu wollen, stehen. Diese Grundlage wird von allen Fraktionen geteilt. Zweitens wird die Struktur des Regimes ignoriert und insbesondere die Rolle des Obersten geistlichen Führers Khomeini, der die wesentlichen außenpolitischen und strategischen Entscheidungen trifft. Präsident Rohani ist nicht Michael Gorbatschow; er will keine Abkehr von der islamistischen Verfassung des Landes und er hätte auch nicht die Möglichkeit dazu, wenn er denn wollte.

Die illusionäre Einschätzung, man könne mit dem Regime kooperieren, führt auch zu einer falschen Bewertung der Verbände, die aus dem Iran gesteuert werden und in Deutschland aktiv sind. So unterstützte die Bundesregierung den aus dem Iran beeinflussten Verband IGS (Islamische Gemeinschaft schiitischer Gemeinden) jahrelang finanziell mit insgesamt mehreren hunderttausend Euro. Die IGS vertritt jedoch ein Islamverständnis, das die Auslegung des Koran durch islamische Rechtsgelehrte im Iran widerspiegelt. Ihre Funktionäre nehmen am Quds-Marsch teil, dem nationalen Feiertag im Iran, bei dem zur Vernichtung Israels aufgerufen wird. Die Kollaboration mit der Diktatur im Iran führt also dazu, dass ihre politische Kultur auch nach Deutschland importiert wird.

Welche Rolle spielen deutsche Wirtschaftsunternehmen im politischen Ringen um die Sanktionen und deren Abschaffung? Mit welchen Tricks werden bestehende Sanktionen versucht zu umgehen?

Das Interesse einzelner Firmen am Iran-Geschäft und ihre Einflussnahme auf die Bundesregierung sind schwer einzuschätzen. Das Auswärtige Amt sprach kürzlich schwammig von „zahlreichen“ Unternehmen², die Interesse daran haben, Geschäfte mit dem Iran über „Instex“ abzuwickeln. Dieses „Instrument in Support

1 Der Brief findet sich hier: <http://static.alarabiya.net/files/PDF/2021/02/02/e48868e0-e5e3-48d1-80ec-8deb47c76e7c.pdf>

2 <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/259/1925900.pdf>

of Trade Exchanges“ soll europäischen Firmen helfen, amerikanische Sanktionen zu umgehen. Instex soll den Zahlungsverkehr für Iran-Geschäfte abwickeln und Forderungen europäischer und iranischer Unternehmen miteinander verrechnen, ohne dass ein Zahlungsverkehr über die iranische Grenze besteht. So vermeiden private Banken das Risiko von Sanktionen aus den USA. Instex ist jedoch bisher weitgehend wirkungslos geblieben. Seit der Gründung vor zwei Jahren wurde bis zum Februar 2021 nur eine einzige Transaktion darüber abgewickelt.

Exporte deutscher Firmen in den Iran lagen in den letzten Jahren offiziell bei ca. 1,5 Mrd. Euro. Dazu kommen möglicherweise weitere Geschäfte, die über Drittländer laufen. Dennoch ist das Gesamtvolumen sehr niedrig und beträgt gerade 0,1% der gesamten Exporte Deutschlands. Der Druck deutscher Firmen ist also eher nicht der Hauptgrund dafür, dass die Bundesregierung und auch die Landesregierungen versuchen, den Handel mit dem Iran zu fördern. Es geht vielmehr um politische Interessen. Der Handel mit dem Iran soll gefördert werden, damit Iran im Atomabkommen gehalten werden kann.

Das zeigt auch ein neues Finanzierungsmodell für Irangeschäfte der Bundesregierung, da die Finanzierung wegen der US-Sanktionen weiterhin das Hauptproblem bleibt. Der Reuters-Korrespondent John O'Donnell enthüllte im Dezember 2020, dass die Deutsche Bundesbank nun eingesprungen ist und als Schaltstelle für die Finanzierung von Irangeschäften agiert. Sie gibt fünf iranischen Banken die Möglichkeit, Geschäfte über Einlagen abzuwickeln. Zwei dieser Banken sind auf den Sanktionslisten der USA, darunter die vom Regime betriebene Melli-Bank. Die Bundesbank hat den Status einer Bundesbehörde und deshalb keine Sanktionen zu befürchten.

Allerdings sind nicht nur die Sanktionen der USA für die Schwierigkeiten bei Iran-Geschäften verantwortlich. Iran ist seit Februar 2020 auf der schwarzen Liste der FATF, einer internationalen Einrichtung zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, und zwar weil das Regime sich weigert, auf die Unterstützung von Terrororganisationen wie

der Hisbollah zu verzichten. Deshalb gilt Iran als „nicht kooperierendes Hochrisikoland“. Das erschwert die Finanzierung von Geschäften erheblich. Diese Einstufung der FATF macht ganz deutlich, dass deutsche Unternehmen zu Komplizen des Regimes werden, wenn sie mit dem Iran Handel treiben.

Das wohl bekannteste Beispiel für iranische Einflussnahme in Deutschland ist das „Islamische Zentrum Hamburg“ (IZH). Was kannst Du zu dieser Einrichtung sagen?

Das IZH ist die wichtigste Basis der iranischen Islamisten in Europa und wird von Teheran aus gesteuert. Der Leiter des Zentrums, Mofatteh, gilt als Khameneis Stellvertreter in Deutschland. Durch Berichte des Verfassungsschutzes ist dies der Öffentlichkeit bekannt, ebenso wie die Tatsache, dass vom IZH aus der antisemitische Quds-Marsch mit vorbereitet wird, der alljährlich auf dem Berliner Kurfürstendamm die Vernichtung Israels propagiert. Dennoch ist das IZH durch einen Staatsvertrag mit der Stadt Hamburg verbunden und hat so unter anderem Einfluss auf den islamischen Religionsunterricht in Schulen und Universitäten.

Während sich das IZH nach außen als kooperativ und dialogbereit präsentiert, sind die Aktivitäten im Kern darauf gerichtet, die islamistische und antisemitische Ideologie des iranischen Regimes zu verbreiten – über Predigten, Zeitschriften, eine Internetpräsenz und Konferenzen sowie über die „Islamische Akademie“, die an das IZH angeschlossen ist.

Die vom IZH verbreitete Ideologie entspricht vollständig den Positionen des Regimes im Iran und seiner islamistischen Elite: Sie ist antiwestlich, antisemitisch, frauenfeindlich, homofeindlich und aggressiv.

Das IZH in Hamburg kann nicht für sich in Anspruch nehmen, die Schiit*innen im Iran oder in Deutschland zu repräsentieren. Es repräsentiert das Regime, seine antisemitische Ideologie, den staatlichen Terror und die Repression. Der Staatsvertrag mit dem IZH muss deshalb aufgekündigt werden, sonst kann das IZH immer weiter an Legitimität in der Öffentlichkeit gewinnen und sich als Ort der Begegnung inszenieren.

Was, denkst Du, sind effektive Protestmöglichkeiten, um das iranische Regime in seinen Handlungen in Deutschland einzudämmen?

Es muss darum gehen, das Appeasement zu stoppen und Unterstützung für die iranische demokratische und säkulare Opposition zu organisieren. Das Regime hat keinerlei Legitimität mehr in der iranischen Bevölkerung und kann sich nur noch mit äußerster Brutalität an der Macht halten. Die mutigen Oppositionellen, die trotz Folter, Mord und Repression ihre Stimmen erheben, müssen hier mehr Gehör finden. Man kann viel tun, um die Stimmen der Opposition hier bekannter zu machen, ihnen ein Gesicht zu geben und ihre Proteste hier weiter zu verbreiten.

Es ist außerdem höchste Zeit, dass dieses Regime international gänzlich geächtet wird. Die Verbrechen des Regimes müssen klar und deutlich angeprangert werden: ihr Antisemitismus, ihre Drohungen gegen Israel, die Morde an Oppositionellen und Minderheiten, die Unterdrückung der Frauen. Deshalb müssen die Grundprämissen der deutschen Iranpolitik in Frage gestellt und skandalisiert werden, auf allen Ebenen. Dazu gehört zum Beispiel auch die Politik der Untergrabung von Sanktionen der USA.

Konkret ist es auch möglich, die Interessen des Regimes direkt zu treffen. Das betrifft zum Beispiel Besuche von Repräsentanten des

Regimes, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind, wie zum Beispiel Richter, Staatsanwälte, Mitglieder von Geheimdiensten und Sicherheitsdienste. Reisen sie nach Deutschland, sollte dies skandalisiert werden.

Als der iranische Richter Gholamreza Mansouri im vergangenen Juni nach Deutschland reiste, haben wir Anzeige gegen ihn erstattet mit Bezug auf das Völkerstrafrecht und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach §7 des VStGB. Mansouri war für die systematische und willkürliche Einschüchterung, Verhaftung, Misshandlung und Ausschaltung von iranischen Journalist*innen verantwortlich sowie Informationen von Oppositionellen zufolge auch für einen Mord. Auf EU-Ebene gibt es seit Dezember 2020 die Möglichkeit, Sanktionen gegen Personen zu verhängen, die schwere Menschenrechtsverletzungen begangen haben. Man kann also dafür sorgen, dass iranische Richter auf diese Listen kommen.

Auch Geschäfte mit dem Iran können skandalisiert werden. Vom Handel mit dem Iran profitieren vor allem die Revolutionsgarden, die einen Großteil der iranischen Wirtschaft kontrollieren. Geschäfte mit dem Iran halten also das Regime am Leben. Solche Geschäfte können gezielt und vor allem auch lokal angeprangert werden.

Vielen Dank für das Gespräch.



Ulrike Becker ist Buchautorin und Referentin zum Thema Antisemitismus und Iran.

Viele ihrer Aktivitäten finden sich auf: mideastfreedomforum.org

Podiumsdiskussion „Der Quds-Marsch und Hisbollah-Strukturen in Berlin“ im Berliner Abgeordnetenhaus mit Erol Özkaraca, Jörg Rensmann und Benedikt Lux (2016)





»Die Bundesregierung hat sich jahrelang von den schlimmsten Iranlobbyisten in die Irre führen lassen und die iranischen demokratischen Oppositionellen dagegen völlig isoliert.«

[Kazem Moussavi](#) wurde in Teheran geboren und ist einer der bekanntesten Gegner des Islamistischen Regimes im Iran sowie Sprecher der Green Party of Iran in Deutschland. Er veröffentlicht regelmäßig Beiträge über politische Entwicklungen im Iran und regimetreue Lobbygruppierungen in Deutschland auf dem „Iran Appeasement Monitor“. Wir sprachen mit ihm über den Einfluss des iranischen Regimes in Deutschland und Europa.



Auf einer Kundgebung von „Stop the Bomb“ protestiert Kazem Moussavi gegen den Empfang des Teheraner Bürgermeisters Pirouz Hanachi durch Berlins Bürgermeister Michael Müller, September 2019.



Video-Link: <https://bit.ly/3cBr2JA>

Du sprichst von einer starken Iran-Lobby in Deutschland, die Einfluss auf politische Prozesse nimmt.

Wie drückt sich diese aus?

Regime-Lobbyisten sind in der Politik, der Wirtschaft, den Medien, den Stiftungen der Parteien und an Universitäten aktiv. Sie sind gern gesehene Berater der ThinkTanks der Regierung, der Parteien und der Wirtschaft, Referenten bei Veranstaltungen unter anderem der Körber-, Konrad-Adenauer-, Friedrich-Ebert-, Rosa-Luxemburg-, Heinrich-Böll-Stiftung.

Die Lobbyisten versuchen, durch Desinformation die Politik und Öffentlichkeit zu täuschen. Sie suggerieren, dass mit politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zugunsten vermeintlicher Reformer, wie Rafsanjani, Khatami oder Rouhani, im System dessen Liberalisierung und eine Annäherung an die Interessen des Westens realisierbar seien. Gleichzeitig arbeiten sie daran, demokratische Oppositionelle im Exil unsichtbar zu machen, um die Aufmerksamkeit der Politik und Öffentlichkeit von Oppositionsgruppen, die die Abschaffung des Systems vorantreiben, wegzulenken.

Ich bin von vier Klagen von Iran-Wirtschaftslobbyisten betroffen, die zum Ziel hatten, mich mundtot zu machen.

Welche Folgen hat diese Entwicklung für die deutsche Iran-Politik?

Die Bundesregierung hat sich jahrelang von den schlimmsten Iranlobbyisten in die Irre führen lassen und die iranischen demokratischen Oppositionellen dagegen völlig isoliert. Eine völlige inhaltliche Umorientierung der Position der Bundesregierung in diesem Punkt wäre angebracht.

Die Beschwichtigungspolitik hat dazu beigetragen, dass Deutschland ein zentraler Ort in Europa für die islamistisch-antisemitischen Aktivitäten und das Refugium für die Blutrichter geworden ist. Es ist der Treffpunkt für die Revolutionsgarde und Geheimdienste der Mullahs gegen die Oppositionellen geworden.

Der iranische Diplomat in Wien, Assadollah Assadi, der in Belgien wegen Staatsterrorismus vor Gericht stand, wurde in Deutschland verhaftet¹. Auch die deutsch-iranischen Staatsbürger*innen, die sich aktuell unschuldig in Teheraner Geiselhaft im Evin-Foltergefängnis befinden, sind Opfer der deutschen Beschwichtigungspolitik und der Erpressungspolitik der Mullahs. Ihr Leben ist in akuter Gefahr.

Was hat es mit diesen Geiseln auf sich?

Unter dem Vorwand der „Spionage für Deutschland“ wurden vier Personen in das für seine brutalen Folterer bekannte Teheraner Evin-Gefängnis verschleppt. Dort befinden sich

¹ Er wurde im Februar 2021 zu 20 Jahren Haft verurteilt.

»Die Beschwichtigungspolitik hat dazu beigetragen, dass Deutschland ein zentraler Ort in Europa für die islamistisch-antisemitischen Aktivitäten und das Refugium für die Blutrichter geworden ist.«

nun in politischer Geiselhaft die deutsch-Iranerin Nahid Taghvai, der deutsch-Iraner Jamshid Sharmahd, der österreichisch-Iraner Massoud Mosaheb sowie der britische Iraner Shahram Shirkhani. Den beiden zuletzt Genannten wird außerdem Spionage für Israel in Verbindung mit Deutschland vorgeworfen. Inhaftiert sind außerdem die französische Iranerin Fariba Adelkhah, die britische Iranerin Nazanin Zaghari-Ratcliffe und der schwedische Iraner Ahmad Reza Jalali. Jalalis Frau teilte im Januar 2021 mit, dass er in Vorbereitung der baldigen Vollstreckung seines Todesurteils wegen angeblicher "Spionage für das zionistische Regime" in Einzelhaft verbracht wurde.

Die australisch-britische Islamwissenschaftlerin Kylie Moore-Gilbert, die unter dem Vorwand "zionistische Spionin" zu sein in Haft saß, wurde am 25.11.2020 gegen drei in Thailand inhaftierte profilierte Terroristen der AlQuds-Brigade ausgetauscht. Sie wurden 2012 in Bangkok festgenommen und hatten dort vor, einen israelischen Diplomaten anzugreifen.

Ist diese Geiselpolitik des iranischen Staates neu?

Nein! Seit 42 Jahren nimmt das iranische Regime Geiseln. Tagtäglich finden willkürliche Inhaftierungen, Folter, Amputationen und Hinrichtungen statt. Die unaufhörlichen Grausamkeiten und die staatliche Korruption haben das Land wirtschaftlich und moralisch zerstört.

Teheran führt allerdings im Moment einen psychologischen Krieg, um die Bundesregierung unter Druck zu setzen, ihren Einfluss im Sinne der Freilassung des Diplomaten Assadollah Assadi auszuüben.

Die deutsche Duldungs- und Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Iran treibt diese Entwicklung voran.

Welche Unterstützung wünschst Du Dir für iranische Exilant*innen und ihren Kampf gegen das Regime?

Die Mullahs verstehen einzig und alleine die Sprache des konsequenten Widerstandes: In diesem Sinne muss die Bundesregierung

das iranische Regime politisch, wirtschaftlich und diplomatisch unter Druck setzen, isolieren und sanktionieren. Sie muss sich dem US-Waffenembargo gegen die islamische Republik anschließen und die Revolutionsgarden auf die deutsche Sanktions- und Terrorliste setzen.

Statt ein zeitaufwendiges und nutzloses Gespräch mit dem Ziel eines Atom-Deal-Plus zu führen, sollte die Bundesregierung konsequent und tatkräftig die iranische Freiheitsbewegung, die von mutigen Frauen angeführt wird, unterstützen, um das antisemitische Regime auch aus deutschen und europäischen Sicherheitsinteressen schnell abschaffen zu können.

Gleiches gilt für die Zivilgesellschaft, die Presse und die politische Linke, die größtenteils zu den Entwicklungen im Iran, wie den aktuellen Hinrichtungen, schweigen. Bis auf wenige Ausnahmen werden iranische Oppositionelle nicht gehört. Schweigen und Passivität ist die Reaktion. Dabei braucht die iranische Freiheitsbewegung in Zeiten der tödlichen Repression gerade jede Unterstützung. Es ist die Aufgabe einer aufgeklärten Zivilgesellschaft, den Exil-Iraner*innen eine Stimme für ihren Kampf zu verleihen.

Vielen Dank, lieber Kazem, für das Gespräch.



Kazem Moussavi ist regelmäßiger Sprecher auf den Protest-Kundgebungen gegen den jährlichen antisemitischen AlQuds-Marsch in Berlin.

Viele Texte von ihm finden sich auf: iraniansforum.com





PRZESTANIE
MI MAREC
PRZESŁAM

JAK
CHU JOMY
Z CIE

TO NIE
OKRE
TO N
PRZEJ

NGDY NIE
BĘDZIESZ
SZŁASAMA



»Die Regierung hatte nicht mit Straßenprotesten in diesem Ausmaß gerechnet.«

Giocia Basia (dt.: „Tante Barbara“) helfen ungewollt Schwangeren aus Polen, eine sichere und straffreie Abtreibung in Deutschland zu bekommen und engagieren sich so für das Recht auf körperliche Selbstbestimmung. Im Interview mit Giocia Basia erzählt die Gruppe von ihrer Arbeit und der Situation in Polen und wagt unter anderem eine Einschätzung zu zukünftigen Entwicklungen bezüglich reproduktiver Rechte und der feministischen Proteste.



Wie und wann ist Eure Gruppe entstanden? Wie sah die damalige Situation in Polen aus und warum war es notwendig, sich zu organisieren?

Die Gruppe existiert seit ca. 2015. Mit der Zeit bildete sich ein Netzwerk in Berlin, das es uns ermöglichte, Abbrüche für ungewollt Schwangere zu organisieren.

Die Rechtslage in Polen war zu der Zeit weiterhin so, wie schon seit 1993: Das so genannte Kompromissgesetz ließ Schwangerschaftsabbrüche theoretisch nur in drei Fällen zu: bei Vergewaltigungen oder Inzest (also mit kriminologischer Indikation), Gefahr für Gesundheit oder Leben der schwangeren Person oder im Fall eines Fötus, der außerhalb der Gebärmutter nicht überlebensfähig war. In der Praxis sah das schon damals anders aus: Die meisten ÄrztInnen weigerten sich auch in den oben genannten Fällen dagegen, einen Schwangerschaftsabbruch auszuführen, weil sie um ihre Karriere fürchteten oder weil sie sich als praktizierende KatholikInnen hinter der so genannten Gewissensklausel verstecken konnten. Schwangerschaften, die aus Vergewaltigungen entstanden sind, waren durch ein kompliziertes System, welches ein Gutachten von mehreren PsychologInnen etc. benötigte, praktisch unmöglich. Aus diesem Grund war es schon damals Gang und Gäbe für ungewollt Schwangere aus Polen ins Ausland zu fahren

um abzutreiben. Das bereits genannte Kompromissgesetz wurde 1993 gegen den Willen der Bevölkerung auf Druck der Kirche durchgesetzt. Davor war Abtreibung in Polen bei „schwierigen Lebensumständen“ der ungewollt schwangeren Person legal – eine Rechtslage, die viel Raum für Interpretation übrigließ. Seit die extrem rechtskonservative PiS-Partei 2015 an die Macht kam, gab es immer wieder Versuche, ein komplettes Abtreibungsverbot gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit durchzusetzen. Seit 2017 ist die „Pille danach“ rezeptpflichtig, was besonders im ländlichen Raum katastrophale Auswirkungen hat. Auch gibt es ständige Versuche, Sexualkunde an Schulen aus religiösen Gründen einzuschränken oder zu verbieten.

Welche Rolle spielte die polnische katholische Kirche in Debatten über das Selbstbestimmungsrecht von Frauen? Welche anderen Faktoren haben die Situation in Polen damals beeinflusst?

Die katholische Kirche hat in Polen extrem viel Macht in der Politik und ist die treibende ideologische Kraft hinter vielen konservativen Gesetzen – so auch dem Abtreibungsverbot. Hochrangige Personen innerhalb der Kirche sowie ihre Verbündeten in Politik und Medien versuchen ein regressives Familienideal durchzusetzen, in dem die Frau vor allem die Rolle

der sich für Familie und Nation aufopfernden Mutter spielen soll. Dies ist weder mit den Lebensvorstellungen junger PolInnen noch mit ihrer Menschenwürde vereinbar.

Woraus besteht eigentlich Eure Arbeit? Wie können wir uns das vorstellen?

Unsere Arbeit besteht vor allem aus Vermittlung – wir vermitteln zwischen ungewollt Schwangeren, Beratungszentren und Kliniken. Wir organisieren Termine, übersetzen in der Klinik sowie im Beratungszentrum und stellen bei Bedarf Übernachtungsplätze und finanzielle Hilfe zur Verfügung. Neben den organisatorischen Aspekten bieten wir ebenfalls seelische Unterstützung für die Personen an, indem wir sie begleiten und betreuen.

Was können andere Strukturen in Berlin oder Deutschland tun, um Euch zu unterstützen? Was wünscht ihr Euch?

Personen in Berlin können uns anschreiben, um z.B. einen Schlafplatz anzubieten. Um Abbrüche für Personen in finanziell schwierigen Situationen mitfinanzieren zu können, sind wir auf Spenden angewiesen. Wir freuen uns auch darüber, wenn Soli-Aktionen für uns veranstaltet werden. Außerdem ist es wichtig, ein größeres Verständnis dafür zu schaffen, was gerade in Polen los ist – informiert euch und andere, verbreitet Informationen über eure sozialen Medien.

In den letzten Monaten wurde viel über die Versuche der polnischen Regierung, Reproduktionsrechte einzuschränken, berichtet. Wie schätzt Ihr diese Entwicklungen ein? Hat das Auswirkungen auf Eure Arbeit?

Die Situation ist momentan tatsächlich ziemlich dramatisch. Die größte Veränderung für uns ist seit Oktober 2020 vor allem die drastische Zunahme an Personen, die sich aus medizinischen Gründen an uns wenden. Die Anzahl an Personen, die jetzt wegen schwerer Fötusmissbildungen nach Berlin kommen, um abzutreiben, ist erschreckend. Schwangere Personen (die oftmals eigentlich einen Kinderwunsch haben) deren Fötus aber z.B. keinen Kopf oder kein Herz hat, müssten diesen in Polen jetzt austragen. Das ist nicht nur extrem traumatisch, sondern in vielen Fällen auch lebensgefährlich für die schwangere Person.

Gegen diese Gesetzesänderung gab es ja breiten Widerstand in der Bevölkerung und riesige Proteste, Stichwort #strajkkobiet. Hat Euch dieses Ausmaß überrascht? Oder seht Ihr die Bewegung als Teil einer globalen Entwicklung, in der immer lauter für Frauen- und Reproduktionsrechte gekämpft wird?

Das neue Gesetz wurde gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit durchgesetzt – es wundert uns also nicht, dass es massiven Widerstand gibt. Die Regierung scheint jedoch von der Größe der Protestbewegung überrascht zu sein. Die Entscheidung, ein so kontroverses Gesetz während einer globalen Pandemie zu verabschieden, war zweifelsfrei kalkuliert: die Regierung hatte nicht mit Straßenprotesten in diesem Ausmaß gerechnet. Die zunehmende globale Vernetzung von aktivistischen Gruppen und Bewegungen (wie in Irland oder Argentinien) durch soziale Medien hat wahrscheinlich ebenfalls zu einem verstärkten aktivistischen Bewusstsein unter jungen PolInnen geführt. Vor kurzem wurde Abtreibung auf Wunsch in Argentinien legalisiert, was auf vielen polnischen Accounts im Zusammenhang mit den Protesten in Polen geteilt wurde. Hashtags wie #niunametos scheinen zunehmend über (sprachliche) Grenzen hinaus zu wirken, da sowohl die dadurch angesprochenen Probleme als auch feministische Solidarität universale Gegebenheiten sind.

Und was ist Eure Prognose, wie der Kampf um Reproduktionsrechte in Polen weitergeht?

In den kommenden Jahren wird es voraussichtlich sehr schwierig bleiben – möglicherweise noch schwieriger als jetzt. Die PiS-Regierung versucht, das gesamte Rechtssystem in Polen zu unterlaufen und die nächsten Parlamentswahlen werden erst 2023 stattfinden.

Gleichzeitig scheint sich vor allem unter jungen PolInnen ein neues politisches und aktivistisches Selbstverständnis zu bilden. Neue Gruppen bilden sich auf lokaler Ebene, hauptsächlich über soziale Netzwerke. Größere Organisationen wie z.B. Aborcyjny Dream Team haben eine große mediale Reichweite und scheinen auch bei Personen, die zuvor uninteressiert waren, auf größeres Verständnis zu stoßen.

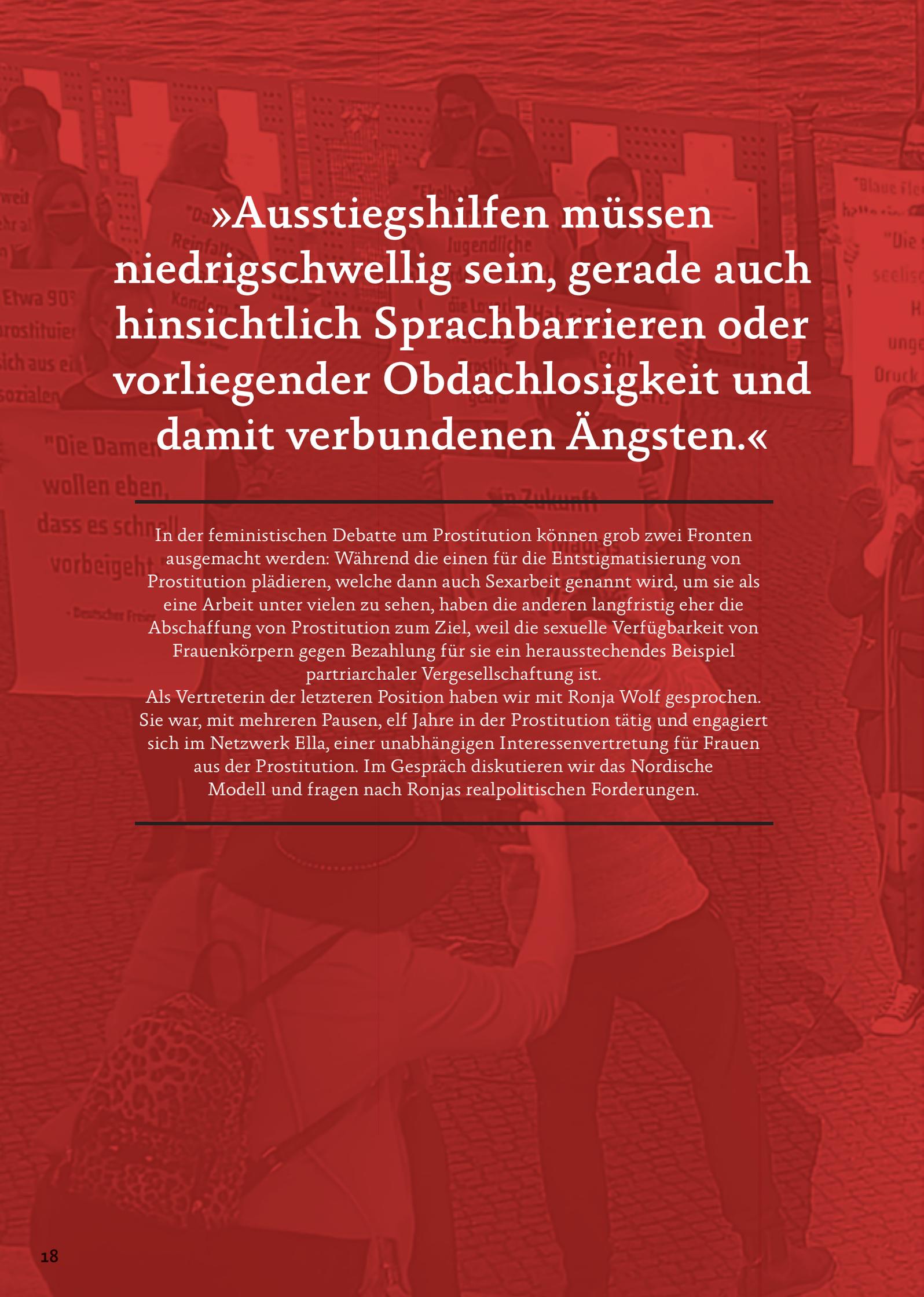
Unabhängig davon, wie sich die Situation entwickelt, leisten wir als Kollektiv solidarische Hilfe für ungewollt Schwangere.

Vielen Dank für das Interview und Eure Arbeit.



Ihr findet Ciocia Basia auf facebook (facebook.com/ciociabasiaberlin/) und könnt sie auf der Plattform [gofundme](https://de.gofundme.com/f/support-ciocia-basia) finanziell unterstützen: <https://de.gofundme.com/f/support-ciocia-basia>.

Erreichen könnt ihr sie unter ciocia.basia@riseup.net oder +48 2239 70500.



»Ausstiegshilfen müssen niedrigschwellig sein, gerade auch hinsichtlich Sprachbarrieren oder vorliegender Obdachlosigkeit und damit verbundenen Ängsten.«

In der feministischen Debatte um Prostitution können grob zwei Fronten ausgemacht werden: Während die einen für die Entstigmatisierung von Prostitution plädieren, welche dann auch Sexarbeit genannt wird, um sie als eine Arbeit unter vielen zu sehen, haben die anderen langfristig eher die Abschaffung von Prostitution zum Ziel, weil die sexuelle Verfügbarkeit von Frauenkörpern gegen Bezahlung für sie ein herausstechendes Beispiel patriarchaler Vergesellschaftung ist.

Als Vertreterin der letzteren Position haben wir mit Ronja Wolf gesprochen. Sie war, mit mehreren Pausen, elf Jahre in der Prostitution tätig und engagiert sich im Netzwerk Ella, einer unabhängigen Interessenvertretung für Frauen aus der Prostitution. Im Gespräch diskutieren wir das Nordische Modell und fragen nach Ronjas realpolitischen Forderungen.

Warum sollten wir uns, wenn wir über Prostitution sprechen, insbesondere mit Männern und Freiern auseinandersetzen?

Prostitution betrifft größtenteils Frauen und die überwältigende Mehrzahl der Freier (auch im homosexuellen Bereich) sind männlich. Diese Männer, also potenzielle Freier, werden hier und heute immer noch mit dem Bild sozialisiert, dass es „cool“ oder zumindest „okay“ wäre, mal zu einer Prostituierten zu gehen. Damit wird aber auch verhindert, dass diese Jungen und jungen Männer mit einem feministischen Bild auf Sexualität aufwachsen können: also dass Sexualität Konsens und bestenfalls beidseitigen Lustgewinns bedarf. Ich will, dass in Männergruppen auch dieses bisherige Bild durchbrochen wird.

Als eine Lösung wird ja immer wieder das Nordische Modell angeführt. Kannst Du das kurz erklären? Was sind die Möglichkeiten dieses Lösungsansatzes und welche Probleme können dadurch trotzdem nicht gelöst werden?

Das sogenannte Nordische Modell ist in Schweden seit fast 20 Jahren wirksam. Es bedeutet Sexkaufverbot – also die Kriminalisierung von Freiern und Profiteuren, aber explizit nicht von den sich prostituierenden Betroffenen! Eine weitere Säule ist umfassende und staatlich finanzierte Ausstiegshilfe, und die reichen auch von Umschulung und Trauma-Therapie bis hin zu allumfassendem Personenschutz. Beispielsweise für Opfer von Menschenhändlern, die bitte Bleiberecht, Krankenversicherung, Schutz und sozialarbeiterische Betreuung brauchen! Hier würde ich noch ergänzen, dass die Chance des Modells eben insbesondere Ausstieg für Frauen ist und für die, die dies noch nicht wollen oder können aber trotzdem der Schutz. Zum Beispiel werden in Schweden häufig Vergewaltigungen durch Freier angezeigt, denn dank des Nordischen Modells wissen die Frauen, dass sie selbst nicht kriminalisiert werden und dies hat auch das Vertrauen in Behörden und Polizei erhöht. Natürlich kann das Nordische Modell Sexkauf nicht gänzlich abschaffen. Das wäre vermutlich illusorisch. Aber das als Gegenargument ist auch unhaltbar, denn nur weil etwas existiert, obwohl es unter Strafe steht, heißt es ja nicht, dass diese Kriminalisierung nicht gut und wichtig in der Gesellschaft ist.

Die letzte Säule ist Aufklärung und Prävention. Ich denke, das ist selbsterklärend.

Wenn es um das Nordische Modell geht, wird häufig entgegnet, dass sich dadurch die Situation für Frauen nicht verbessert hat, da bspw. die Prostitution in die Illegalität verlagert wird. Was würdest Du darauf antworten? Welche Denkfehler enthält diese Argumentation?

Der Großteil der Frauen in der Prostitution in Deutschland war schon immer in der Illegalität. Ich selbst auch, obwohl ich ja nicht mal zu den offensichtlich Zwangs-Betroffenen gehöre. Es ist eine Illusion, dass legale Prostitution Menschenhandel unterbinden könnte. Im Gegenteil! Deutschland ist ein lukrativer „Markt“ für Menschenhändler, weil wir auch „das Bordell Europas“ sind. Vielleicht gibt es auch die eine Frau aus hundert, für die es echt ein persönlicher Kink ist, mit fremden Männern gegen Geld zu schlafen. Okay. Aber es darf nicht okay sein, weil das eben all die Opfer in Kauf nimmt, die diese sogenannte „Sexarbeit“ am Wegesrand ausspuckt...

Zum Schluss würden wir gern noch über konkrete Forderungen sprechen. Was muss realpolitisch geändert werden? Was müssen Strukturen und Programme für Aussteigerinnen bieten, damit Frauen langfristig aus der Prostitution aussteigen können? Was wünschst Du Dir außerdem von feministischer Politik?

Ich fordere natürlich das Nordische Modell! Ausstiegshilfen müssen niedrigschwellig sein, gerade auch hinsichtlich Sprachbarrieren oder vorliegender Obdachlosigkeit und damit verbundenen Ängsten, doch wieder zu Ämtern zu gehen. Und natürlich muss Gewalt gegen Mädchen und Frauen weiter thematisiert werden! Massiv, denn es gibt sie jeden Tag so sehr...

Die Niedrigschwelligkeit hatte ich ja schon erwähnt, aber auch ganz generell müssen die Programme barrierearm und individuell zugeschnitten sein. Zum Beispiel auch hinsichtlich der beruflichen Zukunft: Braucht die Frau erstmal einen Sprachkurs und ersten qualifizierenden Schulabschluss oder eine Ausbildung oder Umschulung oder sonstige berufliche Perspektiven und/oder eine Reha-Maßnahme?

Wichtig finde ich auch, dass Prostitution gesellschaftlich eben nicht als „Job wie jeder andere“ tituiert wird, denn genau das schadet den Opfern, weil es ihre eigene Erfahrungswelt negiert. Feministische Politik sollte außerdem ganz generell den Mut haben, Misogynie in den eigenen Reihen offen zu thematisieren und daran zu arbeiten.

Vielen Dank für das Gespräch.



Das Netzwerk Ella findet ihr im Netz unter netzwerk-ella.de und auf facebook ([facebook.com/NetzwerkElla/](https://www.facebook.com/NetzwerkElla/)).

Außerdem empfehlen wir euch die Homepage der Gründer des Netzwerks, Huschke Mau, unter huschke-mau.de.



»Die Gesellschaft trägt die Täter und ihr Denken bis zu einem gewissen Punkt mit, sie gibt diskriminierenden Ideologien ein Sprachrohr und eine Plattform.«

Naomi Henkel-Gümbel ist Teil der jüdischen Gruppe Base Berlin und war nach dem Anschlag 2019 an Yom Kippur in Halle Nebenklägerin im Halle-Prozess. Im Interview erzählt sie vom Umgang der jüdischen Community mit den Erfahrungen des Anschlags und äußert sich unter anderem zum mangelnden Schutz jüdischer Einrichtungen in der deutschen Gesellschaft und seiner Ursachen. Zudem betont sie die Wichtigkeit breit aufgestellter Bündnisse im Kampf um eine bessere Gesellschaft.

»Viele derer, die an Yom Kippur in Halle waren, sind Nachkommen von Shoahüberlebenden oder Überlebenden anderer antisemitischer Verfolgungen.«

Du bist Teil der jüdischen Gruppe Base Berlin. Kannst Du kurz erzählen, wie Ihr zusammengefunden habt und wozu Ihr arbeitet?

Wie haben wir zusammengefunden? Ich bin aktiv in jüdischen Settings und Base Berlin ist eine Organisation, die versucht junge Jüdinnen und Juden verschiedener Hintergründe zusammen zu bringen und ihnen ein Gefühl von Community und jüdischer Tradition im Lichte der Moderne zu vermitteln. Ich kannte das Rabbiner-Paar, das Base Berlin leitet, über gemeinsame Freunde und es war auf Anhieb klar, dass wir gut zusammen an Projekten innerhalb und außerhalb der jüdischen Community arbeiten könnten. In unserer Zusammenarbeit haben wir viel erreicht, was die jüdische Community bereichert hat, aber auch darüber hinaus – ob es eine unkonventionelle Eventreihe zu Shavuot ist, einem Fest an dem man die ganze Nacht über lernt und diskutiert, oder das Herausgeben eines Kommentarbands zu Pessach mit Kommentaren von verschiedenen Mitgliedern der jüdischen Community oder nicht zuletzt das Festival of Resilience, das nah am Jahrestag (sowohl nach dem jüdischen wie nach dem weltlichen Kalender) des Anschlags stattgefunden hat. Wir haben hierzu etwa Überlebende und die Familien der Opfer des Anschlags in Hanau eingeladen, wie auch des Brandanschlags in Mölln in 1992.

Ihr seid 2019 auch gemeinsam an Yom Kippur nach Halle gefahren. Du hast den antisemitischen Anschlag überlebt und warst danach Nebenklägerin im Prozess in Magdeburg. Dort hast Du unter anderem einen offensiveren Umgang mit der Tat und allgemein mit antisemitischer Gewalt in Deutschland gefordert. In deinem Schlusswort hast Du gesagt: „Ich möchte meinen Teil dazu beitragen, das Narrativ dessen, was an diesem Tag geschah, mitzugestalten.“ - Was bedeutet das konkret für Dich, auch über den Prozess hinaus?

Es hat etwas gebraucht, bis wir, die in Halle waren, bis ich, angefangen habe einen Zugang zu dem Erlebten zu finden. Wir haben auch untereinander nicht wirklich darüber geredet, auch nicht innerhalb der jüdischen Community. Gleichwohl wissen wir um den Preis, den Schweigen mit sich bringt: Viele derer, die an Yom Kippur in Halle waren, sind Nachkommen von Shoahüberlebenden oder Überlebenden anderer antisemitischer Verfolgungen. Es hat häufig Jahrzehnte gebraucht, bis sich Überlebende dazu durchringen konnten, über das Erfahrene zu reden. Manche konnten sich auch nie dazu überwinden.

Viele von uns haben sich hier in der Verantwortung gesehen - unseren Familien gegenüber, unserer Community, der Gesellschaft, aber auch uns selbst gegenüber. Wir alle wollen kein weiteres Halle sehen. Und dann hat sich aber nur

wenige Monate später der rassistische Anschlag in Hanau zugetragen. Ausgeführt von jemandem, der von Verschwörungstheorien, die auf Rassismus, Antisemitismus wie auch Antifeminismus basieren, besessen war.

Ich erachte es deshalb als wichtig, darüber zu reden, wie sich solche Ereignisse zutragen können – denn die Gesellschaft trägt die Täter und ihr Denken bis zu einem gewissen Punkt mit, sie gibt diskriminierenden Ideologien ein Sprachrohr und eine Plattform. Der Übergang zur Radikalisierung ist nicht weit – es ist wichtig, das mehr ins Bewusstsein der Mehrheitsgesellschaft zu holen. Es ist essentiell, zu thematisieren, wie tief antisemitische und rassistische Vorurteile im Denken der Mehrheitsgesellschaft verankert sind. Gerade bei Antisemitismus sind es Denkstrukturen, die sich über Jahrhunderte, gar Jahrtausende in der

Gesellschaft eingelagert haben. Die Enttäuschung ist groß (jedoch leider auch absehbar), wenn antisemitische Stereotype von Menschen an den Tag gelegt werden, die meinen, dass sie sich vermeintlich für jüdisches Leben einsetzen, aber ihr persönliches Handeln nicht reflektieren. Gerade jetzt, im Jahr 2021 mit dem sogenannten 1700. Jubiläum jüdischen Lebens in Deutschland, passiert das vermehrt. Was es braucht, ist Reflexion und ein Aufarbeiten von Denkstrukturen und Verhaltensmustern.

Inzwischen musste der Innenminister von Sachsen-Anhalt zurücktreten, jedoch nicht wegen seiner Äußerungen zum Schutz jüdischer Einrichtungen, sondern wegen unabgesprochener Statements zu Rundfunk-Gebühren. Was zeigt sich darin Deiner Meinung nach in Bezug auf (sichtbares) jüdisches Leben und Antisemitismus?

Kundgebung in Halle/Saale während der Prozesstage.





Es gibt da eine deutliche Diskrepanz zwischen dem Selbstbild einer Vielzahl von Politiker*innen bezüglich ihres Einsatzes für jüdisches Leben und der Realität. Der Rücktritt Holger Stahlknechts zeigt das sehr gut auf: der ehemalige Innenminister Sachsen-Anhalts lobte den Einsatz der Polizeikräfte am Tag des Anschlags in den höchsten Tönen und meinte einige Monate später, dass wenn jüdische Institutionen mehr Polizeischutz zugesichert werden würde, diese Einsatzkräfte anderswo fehlen würden. Als dies für Empörung sorgte, meinte er, er sei schlicht und ergreifend „missverstanden“ worden. Diese Äußerung ist kein Missverständnis, sondern eine Offenbarung – nachdem in seinem Bundesland einer der schwersten antisemitischen Anschläge vereitelt worden ist. Dass nicht das seinen Rücktritt ausgelöst hat, sondern die Debatte um Rundfunk-Gebühren, zeigt wie schlecht es um den

Einsatz für jüdisches Leben steht. Es gibt eine Reihe von Lippenbekenntnissen und es mangelt an Reflexion sowohl auf persönlicher, wie auch auf politischer Ebene.

Nach den Anschlägen in Hanau und Halle haben sich auch neue Bündnisse und Vernetzungen formiert, die den Verhältnissen etwas entgegensetzen wollen. Wie schätzt Du die politische Arbeit – auch mit Blick auf eine inhaltlich breiter aufgestellte Debatte – ein?

Ich erachte diese Arbeit als außerordentlich wichtig, wenn nicht sogar bahnbrechend. Diese Bündnisse und die Vernetzung sind essentiell – denn auch Hass existiert nicht in einem Vakuum, sondern dort, wo man den Ausdruck des einen findet, sind die anderen nicht weit. Antisemiten sind selten bis nie exklusiv nur Antisemiten – sondern zeigen auch andere hasserfüllte Ismen als Basis ihres Denkens.

»Es ist essentiell, zu thematisieren, wie tief antisemitische und rassistische Vorurteile im Denken der Mehrheitsgesellschaft verankert sind.«

Es ist wichtig, das zu erkennen, um sich dieser Herausforderung gemeinsam zu stellen. Wir lernen dabei auch über die Lebensrealitäten anderer marginalisierter Gruppen, was auch ein wichtiger Schritt ist, um Lernprozesse und Kritik in die Mehrheitsgesellschaft zu tragen.

Welche Wünsche und Forderungen hast Du in Bezug auf gegenwärtigen Antisemitismus und jüdisches Leben in Deutschland?

Ich glaube, dass jüdisches Leben eine Gegenwart und eine Zukunft hat in Deutschland. Jedoch müssen sich die Umstände ändern, damit das Verhältnis zwischen der Mehrheitsgesellschaft und der jüdischen Community unverkrampfter wird.

Eine Veränderung im Bildungswesen, die ich einfordere, ist, dass man in informellen wie auch formellen Bildungssettings vermittelt, wie hasserfüllte Ideologien zustande kommen, sich entwickeln und Anhänger finden. Auch dass man den Wert von Zivilcourage mehr vermittelt, wie auch „Tools“, um eigene Äußerungen, Haltungen und Handlungen zu überdenken und zu ändern. Meine Hoffnung wäre es, dass dies zur Besserung des zivilgesellschaftlichen Zusammenhalts beiträgt.

Vielen Dank für das Interview.



Hier findet ihr das Schlussstatement von Naomi Henkel-Gümbel:

<https://www.belltower.news/halle-prozess-ende-schlusswort-von-naomi-henkel-guembel-108759/>





»Es ist schockierend, wie limitiert das Verständnis von strukturellem Antisemitismus in diesem Land ist.«

Unsere Interviewpartner*innen sind Teil eines aktivistisch-jüdischen Medienprojekts. Auf ihren Social Media-Kanälen kommentieren sie regelmäßig das aktuelle politische Geschehen, insbesondere antisemitische Ereignisse, aber auch jüdisches Leben in Deutschland und vor allem jüdischen Widerstand.

Ihr Ziel ist es, eine Gesellschaftskritik aus einer jüdischen Perspektive zu formulieren.

Für Jean Améry war die Rache ein handlungsleitendes Motiv. Was bedeutet für Euch jüdische Wehrhaftigkeit und wie kann diese heute aussehen?

Bei unserem Verständnis jüdischer Wehrhaftigkeit geht es nicht um Rache, selbst dann nicht, wenn wir uns in unserer Traditionsbildung mit denjenigen auseinandersetzen, für die Rache eine Motivation darstellte. Wir befinden uns nicht in der gleichen Situation, sondern leben heute zum Glück in einer anderen Gesellschaft. Was würde auch Rache bedeuten? Wer wollte definieren, was es heute bedeuten würde und was sollte diese Barbarei überhaupt aufwiegen? Das nationalsozialistische Deutschland wurde besiegt, aber leider nicht seine Ideologien. Damit schließen wir auch an Adorno an, der ja bereits formulierte, dass er „das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher (...) [erachtete, als] das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie.“ Neben dem Fortleben des alten religiös begründeten Antisemitismus erleben wir heute auch die israelbezogene und rassistische Jüdinnen:Judenfeindschaft und einen Antisemitismus wegen und nicht trotz Auschwitz. Um das Bild zu komplettieren, muss aber auch auf die Gewalt der Erinnerungsverweigerung eingegangen werden, die Teil des deutschen Selbstverständnisses geworden ist. Statt sich mit der Täter:innenschaft in der eigenen Familie auseinander zu setzen, halten große Teile dieser Bevölkerung an den alten Opfermythen fest. Jüdinnen:Juden haben nur dann Platz in den gesellschaftlichen Debatten, wenn sie diese bestätigen. Um auf die Ausgangsfrage zurückzukommen, wollen wir auch nochmal an Adorno anschließen: „Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen.“ Wehrhaftigkeit bedeutet in diesem Zusammenhang, dass wir aktiv gegen diese Narrative ankämpfen, dass wir uns für eine bessere Gesellschaft einsetzen, dass wir an unserer Jüdischkeit festhalten. Es bedeutet für uns, den Mut zu haben, gegen die fortbestehende Ungerechtigkeit aktiv einzuschreiten und sie nicht passiv an uns geschehen zu lassen. Die Tradition, die wir beschreiben, die wir dem Schleier der Geschichte entreißen, ist die praktische Entfaltung dieses Widerstandswillens.

Im letzten Jahr wurde viel über einen angeblich inflationären Gebrauch des Begriffs Antisemitismus diskutiert, anstatt tatsächlich über Antisemitismus zu sprechen. Wie erklärt Ihr Euch diese Abwehrreflexe?

Das ist ein altes Phänomen. Antisemitismus wird in Deutschland zum einen abgewehrt und zum anderen gar nicht erst verstanden. Es mangelt in dieser Gesellschaft an einer intensiven Auseinandersetzung mit den gegenwartsbezogenen Formen der Jüdinnen:Judenfeindschaft. Dass das der Fall ist, lässt sich auch damit erklären, dass es sich um eine postnazistische Gesellschaft handelt. Die Beschäftigung mit Antisemitismus dient(e) in dieser Gesellschaft dazu, sich oberflächlich von der nationalsozialistischen Zustimmungsdiktatur zu distanzieren, ohne dabei die offensichtlichen Kontinuitäten zu benennen. Das gilt auch für die deutsche Linke, denn die hat immer wieder im Anblick des sekundären und des israelbezogenen Antisemitismus versagt. Ob nun das Wirken deutscher Terrorist:innen, die sich eines antiimperialistischen Kampfes wähnten und dann jüdische Gemeindehäuser

»Die Beschäftigung mit Antisemitismus dient(e) in dieser Gesellschaft dazu, sich oberflächlich von der nationalsozialistischen Zustimmungsdiktatur zu distanzieren, ohne dabei die offensichtlichen Kontinuitäten zu benennen.«

anzündeten, die nicht vorhandene Antwort eines großen Teiles der Linken auf den Besuch von Kohl und Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg, Günther Grass und Martin Walser, die Beschneidungsdebatte 2012, die sog. Gaza-Demonstrationen 2014 oder die fortwährende Ausgrenzung von Jüdinnen:Juden in antirassistischen, intersektionalen oder queeren Kontexten. Wer sich selbst als progressiv wähnt und dann den Versuch unternimmt, die Bedeutung von Antisemitismus zu relativieren und israelbezogenen Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft weiter zu normalisieren, stellt sich in diese Tradition. Dieses Vorgehen dient allein der Selbstbestätigung im deutschen Erinnerungstheater. Jüdinnen:Juden sollen den Zaungast spielen, als Opfer des Antisemitismus „der Anderen“ auftreten und die Fresse halten. Gerade weil Deutschland sich als „wiedergutgeworden“ sieht, heute wieder eine Führungsrolle in Europa einnimmt, muss die Auseinandersetzung mit dem antisemitischen, rassistischen und antiziganistischen Terror und

»Die Verkürzung auf die Einzeltäter:innenschaft hat System und steht in Zusammenhang mit den deutschen Opfermythen.«

der damit zusammenhängenden Ausgrenzung distanziert werden. Doch wir Jüdinnen:Juden sind nicht der Spielball des vermeintlich neuen Deutschlands.

Im Kontext der Demonstrationen gegen die Infektionsschutzmaßnahmen wurde plötzlich verhältnismäßig viel über Antisemitismus gesprochen. Allerdings, so scheint es, nur dann, wenn offensichtlich antisemitische Stereotype bedient werden. Dagegen scheint man sich noch immer schwer zu tun, den Antisemitismus als den Verschwörungserzählungen inhärent zu verstehen. Warum scheint es so schwer zu sein, Antisemitismus als umfassende Welterklärungs-ideologie zu begreifen?

Diese positivistische Grundhaltung gegenüber Antisemitismus kann nur im Kontext seiner Relativierung verstanden werden. Selbst bei den augenscheinlichsten Beispielen, wird nur selten der antisemitische Gehalt verstanden. Es ist schockierend, wie limitiert das Verständnis von strukturellem Antisemitismus in diesem Land ist. Aber auch das muss als Teil anhaltender Erinnerungsabwehrdebatten verstanden werden. Antisemitismus kann es nur sein, wenn das Wort „Jude“ genannt wird, wenn Synagogen brennen, oder wie es im Urteil des Elsässer-Ditfurth-Prozesses hieß: „Dabei ist zu berücksichtigen, dass gerade vor dem Hintergrund der Verbrechen der Nazi-diktatur sowie des Holocaust die Bezeichnung als ‚glühender Antisemit‘ in besonderer Weise geeignet ist, den so Bezeichneten herabzuwürdigen und in seiner Ehre zu verletzen. Denn in dieser Bezeichnung kommt zum Ausdruck, dass derjenige die Überzeugungen teilt, die zu der Ermordung von 6 Millionen Juden unter der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft geführt haben, und die Menschen alleine aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft angreifen und für die Übel der Welt verantwortlich machen.“ Oder wenn in Hamburg ein jüdischer Student, der durch seine Kippa als jüdisch zu erkennen war, vor einer Synagoge mit einem Klappspaten angegriffen und schwer verletzt wird, der Täter dabei Militärkleidung trägt, einen Zettel mit einem

Hakenkreuz bei sich trägt und über die jüdische Weltverschwörung phantasiert, hält es die Staatsanwaltschaft nicht für möglich „ein Motiv im klassischen Sinne festzustellen“.

Die Verkürzung auf die Einzeltäter:innenschaft hat System und steht in Zusammenhang mit den deutschen Opfermythen. Nach wie vor wird über Hitler, Himmler, Eichmann, Göring gesprochen, als ob sie die Todesmaschinen höchstpersönlich am Laufen hielten. Diese Sprache entspringt demselben Verständnis, in dem antisemitische Terrorist:innen als Einzeltäter:innen bezeichnet werden. Diese Vorfälle müssen in diesem Denken so weit reduziert werden, dass eine Reflektion darüber, wie das notwendig falsche Bewusstsein dieser Gesellschaft Antisemitismus produziert und wie sehr dieser in der Kultur dieser Gesellschaft verwurzelt ist, ausbleibt.

Die Richterin im Halle-Prozess hat bereits zu Beginn deutlich gemacht, dass sie keinen Begriff von Antisemitismus hat. Und auch bei dem von euch genannten Angriff auf einen jüdischen Studenten vor der Hamburger Synagoge will die Staatsanwaltschaft keinen Antisemitismus sehen. Inwiefern können wir uns unter diesen Umständen auf den staatlichen Kampf gegen den Antisemitismus verlassen?

Das ist ein zweischneidiges Schwert. Deutsche Strafverfolgungsbehörden, Gerichte und die Politik sind genauso sehr ein Teil des Problems, wie sie ein Teil der Lösung sein können. Dazu braucht es aber vor allem politischen Willen. Und an dem fehlt es in Deutschland zumeist, wie die Landesregierung von Sachsen-Anhalt immer wieder gekonnt vorführt. Es gibt Polizist:innen, die ihre Pausen dafür nutzen, jüdische Gemeinden zu beschützen, das haben wir persönlich erlebt. Gleichermaßen gibt es überzeugte Rechtsradikale in Polizei und Bundeswehr, was wenig verwundert, da diese sich von Organisationen mit autoritären Strukturen angezogen fühlen. Gleiches gilt für die Antisemitismusbeauftragten und Staatsanwaltschaften und Gerichte. Bei ersteren gibt es tatsächlich einige, die wirklich gute Arbeit leisten und wichtige Erfolge erzielt

haben. Zum Teil scheinen diese Stellen allerdings auch mit politischem Restbestand besetzt zu werden. Einige sagen verbittert, dass das, was früher für das EU-Parlament galt, heute für die Berufung der Beauftragten gilt. Umso wichtiger erscheint es, dass jemand wie Samuel Salzborn heute in Berlin diese Stelle inne hat. Das stimmt hoffnungsfroh. Staatsanwaltschaften und Gerichte arbeiten ebenfalls mit einem positivistischen Antisemitismusverständnis, was einem wirklichen Verstehen dieser Ideologie nicht gerade zuträglich ist, wie die oben zitierten Beispiele zeigen. Gerade weil es großen Teilen der Politik nach wie vor an einem angemessenen Verständnis fehlt, ist hier leider vorerst keine Besserung zu erwarten. Deshalb ist es dringend notwendig, dass es in der Linken endlich einen stabilen Konsens gegen Antisemitismus gibt. Es braucht mehr Menschen, die sichere Räume für Jüdinnen:Juden erkämpfen. Gerade wenn von Begrifflichkeiten die Rede ist, dann muss auch die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus erwähnt werden. Es gibt eine konkrete Definition von Antisemitismus, die auch internationale Anerkennung erfährt. Diese Definition muss noch viel stärker in die politische Bildungsarbeit einfließen.

**Antisemitismus ist keine Frage des Bildungsni-
veaus einer Person. Wie aber kann dem begeg-
net werden, wenn Aufklärung ihre Grenzen
hat?**

Es beginnt damit, dass sich die Menschen in diesem Land „das Geschehen zur Sache der eigenen Verantwortung [zu] machen“. Das bedeutet, nach Adorno, „sich selbst als schuldig (...) [zu erfahren], auch an dem, woran (...) [man] im handgreiflichen Sinne nicht schuldig ist.“ Es geht nicht um eine Schuldzuschreibung an die Generationen der Nachgeborenen, sondern um Verantwortung. Da es sich bei Antisemitismus um ein „kognitives und emotionales System mit weltanschaulichem Allerklärungsanspruch“ handelt, wie es Samuel Salzborn erklärt, reicht die Vermittlung von Wissen nicht aus. Das ist grundsätzlich ein wichtiger Ansatz und wenn man es ernst nimmt, dann bedeutet es, das deutsche Bildungssystem mit Blick auf die Themen Antisemitismus und Judentum vom Kopf auf die Füße zu stellen. Jüdinnen:Juden werden dort zumeist nur als Opfer dargestellt, jüdische Geschichte auf die Jahre 1933 bis 1945 beschränkt und antisemitische Stereotype vor allem mit Blick auf Israel reproduziert. Gleichermaßen muss Antisemitismus als dem be-

gegnet werden, was es ist, allein daran mangelt es zumeist. Wie ja in diesem Gespräch bereits deutlich wurde, wird die Jüdinnen:Judenfeindschaft in Deutschland regelmäßig relativiert und die Definition verwischt. Überzeugte Antisemit:innen sollten mit scharfen Repressionen rechnen müssen, entsprechende Netzwerke ausgetrocknet werden. Fortbildungen von Lehrkräften, Strafverfolgungsbehörden, Gerichten und Politik, deutliche Positionierung gegen BDS, und muss Auseinandersetzung mit Täter:innenschaft in den eigenen Familien Konsens unter den politischen Entscheidungsträger:innen werden. Die Liste ist schier endlos. Aber vielleicht das Wichtigste: Fragt das nicht die Jüdinnen:Juden, fragt Eure nichtjüdischen Freund:innen, fragt Eure Bekannten, fragt Anika und Michael von Nebenan, was sie gegen Antisemitismus tun. Es wird erst wirkliche Erfolge gegen die Jüdinnen:Judenfeindschaft geben, wenn sich nichtjüdische Menschen moralisch miteinbeziehen und den Kampf gegen Antisemitismus als den ihrigen verstehen.

**In vielem, was Ihr online schreibt, finden sich
Bezüge zur jüdischen Theologie, die Ihr dann
in Verbindung mit gesellschaftlicher Verän-
derung bringt. Sie scheint für Euch ein Motor
der Veränderung. Worin liegt für Euch der
progressive Aspekt im Judentum?**

Erst einmal vielleicht darin, dass es nicht „das Judentum“ gibt, sondern so viele Verständnisse des Judentums, wie es Jüdinnen:Juden gibt. Dahinter steckt, dass jüdischem Denken eine gewisse Dialektik innewohnt, die sich tief in die jüdischen Quellen zurückverfolgen lässt. Wir können die Diskussionen bis in die Antike nachvollziehen, wobei die Rabbiner:innen immer wieder vermeintliche Gewohnheiten in Frage stellten. Das ist eine jüdische Tradition des radikalen Denkens, die für uns heute wertvoll ist, um unsere Differenz in einer Gesellschaft zu behaupten, in der viele Menschen in dieser Tradition nach wie vor ein Schandmal sehen. Theologie wäre da auch zu eng gefasst, viel eher jüdisches Denken, das sich auch durch seine ungeheure Pluralität auszeichnet. Wir sehen uns dabei aber bewusst in der Tradition progressiver Denker:innen, die eine starke Beziehung zu ihrer jüdischen Selbstidentifikation hatten.

Vielen Dank für das Teilen Eurer Gedanken.



»Wir müssen mutig sein, über die Probleme in unseren Kreisen sprechen und jeden Ausdruck von Rassismus, Diskriminierung und Unterdrückung verurteilen.«

[Hashomer Hatzair](#) ist die älteste noch aktive jüdische Jugendbewegung. Das Berliner Ken, das sich 2012 neu gründete, nimmt seit mehreren Jahren an unserer Gedenkkundgebung am 9. November teil. Nun haben wir mit ihnen über ihren Einsatz für Jugendautonomie, ihre Neugründung in Berlin sowie ihre Verortung in der Berliner Linken gesprochen.

»Die drei Säulen der Hashomer Hatzair Weltbewegung sind Sozialismus, humanistisches Judentum und Zionismus.«

Können Ihr Euch und Euren Verband kurz vorstellen? Wer ist Hashomer Hatzair?

Hashomer Hatzair (auf hebräisch: Der junge Wächter) ist eine internationale, säkular-jüdisch sozialistische Jugendbewegung. Wir sind in verschiedene Kenim, so etwas wie Ortsgruppen, aufgeteilt. "Ken" bedeutet auf hebräisch Nest und Jugendzentrum. Bei uns sind alle Kinder und Jugendlichen herzlich willkommen, die Lust auf Gruppenerlebnisse, spielerisches Lernen und Interesse am Judentum haben.

Wir sind die älteste noch aktive jüdische Jugendbewegung weltweit: Unsere Bewegung wurde 1913 in Galizien im heutigen Polen und der Ukraine gegründet und wurde 1930 in Berlin aktiv. Zu Beginn des 2. Weltkrieges zählte Hashomer Hatzair 70.000 Mitglieder in 35 Ländern. Seit 1927 hat sich Hashomer in zwei Verbänden weiter organisiert: Die israelische Organisation (sie war vor der Staatsgründung Israels im damaligen Palästina aktiv) und die Weltbewegung (World Movement), in der wir aktiv sind. Während des 2. Weltkrieges konzentrierten sich die Aktivitäten der Bewegung auf den Widerstand gegen die Nazis, auf Flucht und auf "Aliyah": die Migration nach Israel, bzw. ins damalige Palästina. Dort gründete die Hashomer Hatzair-Bewegung 85 Kibbuzim – das sind kleine Gemeinschaften mit kollektiver Landwirtschaft und Lebensweise – und wurde zu einer "Erfüllungs"-Bewegung. Im Laufe der Jahre gründeten die Kibbuzim Sozial- und Bildungsunternehmen, die zur Verwirklichung ihrer zionistischen Vision und zum Aufbau der israelischen Gesellschaft beitrugen, und hat sogar die "Hashomer Hatzair Partei" gegründet, die später ihren Weg zur United Workers Party und dann nach Meretz fortsetzte. Heutzutage hat die israelische Bewegung ungefähr zehntausend Mitglieder. Die Weltbewegung ist zur Zeit in 26 Ländern aktiv und wir werden immer größer. So sind zum Beispiel im letzten Jahr neue Kenim in Georgien, Usbekistan und Kasachstan gegründet worden.

Was bedeutet es für Euch, eine sozialistisch-zionistische Organisation zu sein? Was sind Eure Ziele?

Die drei Säulen der Hashomer Hatzair Weltbewegung sind Sozialismus, humanistisches Judentum und Zionismus. Der Ansatz des Verbandes fußt auf einem kontinuierlichen Bildungsprozess des Lernens und Reflektierens. Wir fördern soziales Engagement, kritisches Denken, spielerische Bildung, kreatives und respektvolles Handeln und das Gedeihen in und von Gruppen und Communities.

Hashomer Hatzair ist auch eine intellektuelle Jugendbewegung, die Methoden der Pfadfinderschaft nutzt. Unsere Kernarbeit ist die Gruppenarbeit: Oft nach Altersgruppen unterteilt, treffen sich die Gruppen regelmäßig und lernen gemeinsam durch Spiele, Diskussionen, Aktivismus, Reisen, internationale Seminare und zahlreiche Aktivitäten, die hauptsächlich von Jugendlichen geplant und durchgeführt werden.

In der Vergangenheit war ein großer Teil der schomerischen Selbstverwirklichung die Einwanderung nach Israel und die Sozialarbeit oder die Einrichtung eines Kibbuz gemäß der Bewegungstradition. Vor einigen Jahren wurde diese Definition entsprechend der Ideologie der Bewegung und der gesellschaftlichen Realität in Israel geändert. Hashomer Hatzair war seit ihrer Gründung eine zionistische und kritische Bewegung, die sowohl für einen sicheren Hafen für Jüd:innen als auch für die Rechte von Palästinenser:innen gekämpft hat. Zionismus wird zu oft reduziert, ist jedoch ein breites politisches Spektrum mit unterschiedlichen Strömungen. Der Zionismus des Hashomer Hatzairs ist sozialistisch und handelt entlang unserer Vision für Israel und für die Zukunft, die wir dort sehen möchten: eine Gesellschaft, in der Chancengleichheit, Frieden und Gerechtigkeit gelebt und gefeiert werden.

Ihr habt Euch 2012 in Berlin (wieder-)gegründet. Wie kam es dazu?

Nach der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 beschloss die Bewegung, nicht wieder nach Deutschland zurückzukehren. Anfang der 2000er Jahre wurden die Beziehungen zwischen den sozialdemokratischen Bewegungen Israels und Deutschlands jedoch enger. Die damalige Bewegung hatte in Europa bereits einige Gruppen, z.B. in Frankreich, Belgien und Italien, aufgebaut. Aufgrund der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Jugendverbänden, hauptsächlich unter dem Dach des Willy-Brandt-Centers in Jerusalem, und der Unterstützung durch den Jugendverband SJD - Die Falken entschied sich die damalige Bewegung dann, nach Deutschland zurückzukehren.

Die Wiedergründung des Kens wurde 2012 beschlossen, anschließend wurde die Bewegung als aktive Organisation in Deutschland registriert, ein Shomer-Mitglied wurde aus Israel nach Deutschland geschickt und Hashomer Deutschland wurde Teil der Weltbewegung Hashomer Hatzair.

Die Wiedereröffnung des Kens war, und ist immer noch, ein herausfordernder Prozess. Wir haben wenig Ressourcen und keine eigenen

Räumlichkeiten. Trotz alledem werden wir immer stabiler und größer. Dieses Jahr sind um die 30 Shomrot:im (hebräisch für Wächter:innen) in unserem Ken.

Wie sieht Eure alltägliche Arbeit aus?

Jedes Ken auf der Welt tickt ein bisschen anders, je nach lokalem Kontext, Bevölkerung und Umständen. Momentan haben wir im Ken Berlin zwei Gruppen: Eine Kindergruppe für 6-10 Jährige und eine Gruppe für 11-14 Jährige, die sich alle zwei Wochen für Pe'ulot (hebräisch für Aktionen; Gruppenstunden) treffen. Einer der Grundwerte unserer Bewegung ist die Jugendaunomie. Unsere Aktivitäten werden hauptsächlich von Teenagern geplant und durchgeführt: ab 15 Jahren können unsere Mitglieder mithilfe eines pädagogischen Qualifizierungsprozesses selber Gruppenleiter:innen werden. Unser Team ist auch immer eine eigene soziale Gruppe in sich selbst, in der der Bildungs- und Gruppenprozess fortgesetzt wird. Neben den Entscheidungen und Projekten, die das Team für die Kindergruppen plant, gibt es auch Spiele, Aktivitäten und Diskussionen für das Team an sich.





Ihr findet Hashomer Hatzair auf facebook (facebook.com/HashomerHatzairBerlin) und Instagram (instagram.com/hashomerhatzair-berlin/)

Erreichen könnt ihr sie unter berlin@hashomerhatzair-eu.com.

Jedes Ken hat auch eine:n erwachsene:n Shaliach:Shlichah (hebraisch für Leiter:in; Koordinator:in), die:der sich um die strukturelle Arbeit kümmert. Weiterhin haben wir seit letztem Jahr einen neuen Vorstand, der unsere administrativen Strukturen und die Außenvertretung des Kens stärkt. Unser Vorstand bemüht sich gerade z.B. uns eine Webseite zu gestalten und unsere finanzielle Situation zu verbessern.

Die Kundgebung am 9. November in Moabit ist eine Gelegenheit, bei der sich jährlich unsere Wege kreuzen. Euer Redebeitrag bekam dort viel Zuspruch. Wie ist sonst Eure Erfahrung mit der linken Szene in Berlin? Gibt es etwas, was sich ändern muss?

Dies ist eine großartige Frage und in gewisser Weise auch die Antwort darauf. Einige von uns haben krassen Paternalismus in linken Szenen in Berlin erlebt, zum Beispiel, wenn Leute über uns sprechen, statt mit uns – beispielsweise über Judentum oder Zionismus. Unser pädagogischer Ansatz besteht darin, mehr Fragen zu stellen als Annahmen zu treffen und aus verschiedenen Perspektiven zu lernen.

Allgemein gesagt: in anderen Ländern gibt es Generationen von Menschen, die in Hashomer Hatzair aktiv waren und in allen möglichen Szenen mitgemischt haben. Hier sind wir ein kleines neues Nest in einer Stadt mit so vielen Szenen und Gruppen und es wird einige Zeit dauern, bis die Jugend, die mit uns aufgewachsen ist, es selbst in einem größeren politischen Kontext erlebt. Eine unserer wichtigsten lokalen Partnerschaften ist unsere Schwesterbe-

wegung, die uns vom bürokratischen Kram im Gründungsprozess bis zu gemeinsamen Aktivitäten aus Solidarität sehr unterstützt hat, SJD - die Falken. Dafür sind wir sehr dankbar.

Was sich allerdings ändern muss: In linken Szenen gibt es verschiedene Ausdrücke von Antisemitismus und Islamhass. Wir müssen mutig sein, über die Probleme in unseren Kreisen sprechen und jeden Ausdruck von Rassismus, Diskriminierung und Unterdrückung verurteilen. Wir müssen über Meinungsverschiedenheiten hinweg nach Gemeinsamkeiten suchen. Viele linke Gruppen neigen dazu, sich zu distanzieren und zu trennen, obwohl wir uns zum Widerstand gegen mächtige Kräfte, die gegen uns arbeiten, zusammenschließen müssen, um unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen.

Wir lieben und schätzen unsere linken Partner:innen und Bündnisse und ihre antikapitalistische Arbeit in neoliberalen, rechtsextremen Zeiten und freuen uns immer auf neue Partner:innen und Freundschaften. Politische Bildung und Zusammenarbeit sind unsere Wege zu der Utopie, nach der wir streben. Gemeinsam sind wir stärker und es macht viel mehr Spaß, gemeinsam gute Dinge zu tun.

Also kommt, lasst uns Kontakt aufnehmen!

Und schließlich unser traditioneller Ruf:
Chazak we Ematz!
(Sei stark und mutig!)

Vielen Dank für das Gespräch und die Einblicke in Eure Arbeit.

Weitere Veröffentlichungen der EAG:

Handouts:



Zwischen den Stühlen
Emanzipatorische Gesellschaftskritik
im Spannungsfeld linker Diskurse (2018)

AS.ISM - Streitschrift gegen
sexistische Zustände:



AS.ISM4 (2017)

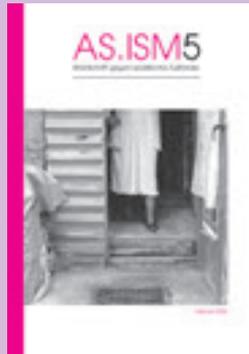
Broschüren des
Anti-AlQuds-Bündnisses:



Kein Al Quds-Tag!
Gegen Antisemitismus & Islamismus (2011)



Deutschland und der Iran
Eine unheimliche Allianz (2019)



AS.ISM5 (2020)



Kein Al Quds Tag (2015)

Broschüre des
9. November-Bündnisses:



**9. November Gedenk-
broschüre** (2020)

Coming soon:



**Die neue Broschüre gegen
den Al Quds Tag** (2021)

Emanzipative & Antifaschistische Gruppe
EAG Berlin

eag-berlin.tem.li